

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Jeder faire Wettbewerb basiert auf vorher festgelegte Regeln – Die laufende Stromkonzessionsvergabe rechtssicher zu Ende führen und dabei die Fehler der Gaskonzessionsvergabe vermeiden!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das laufende Stromkonzessionsverfahren nach den vorher festgelegten Regeln zu Ende zu führen und alle Konzessionsbewerber gleich und fair zu beurteilen. Die geplanten bundesgesetzlichen Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes sollen in diesem laufenden Verfahren keine Anwendung mehr finden.

Der Senat soll bis zum 1. März 2017 berichten.

Begründung:

Im Strafrecht besteht der Grundsatz des Rückwirkungsverbot. Man kann auch im laufenden Fußballspiel nicht die Abseitsregeln ändern.

Im Koalitionsvertrag hat sich Rot-Rot-Grün darauf geeinigt, die laufenden Konzessionsverfahren „nach Recht und Gesetz diskriminierungsfrei“ durchzuführen. Dies sollte weiter Anspruch der Koalition sein. Schon in der Vergangenheit hat die Senatsverwaltung für Finanzen das Gaskonzessionsverfahren derart beeinflusst, dass bislang keine rechtskräftige Einigung besteht. Solche Unsicherheiten belasten den Standort Berlin und die Möglichkeiten für eine sichere Energieversorgung unserer Stadt. Sollte das Land Berlin in einer so wichtigen Angelegenheit nicht in der Lage sein, auf eine partnerschaftliche, faire und rechtssichere Weise Verträge einzugehen, wird es sich in Zukunft jeder mögliche privatwirtschaftliche Partner sehr genau überlegen, ob er unter solchen unsicheren Voraussetzungen mit dem Land Berlin

Geschäftsbeziehungen eingehen will. Ein solches Verhalten kann dem Land langfristig nur schaden und wird nur zu ungünstigen Vertragsbedingungen für Berlin führen.

Die CDU-Fraktion hat stets eine rechtssichere Konzessionsvergabe im Interesse aller Berlinerinnen und Berliner angemahnt. Das nachträgliche Ändern der Vergabebedingungen wird nur ein weiteres Mal zu einer von der Senatsverwaltung für Finanzen verursachten Rechtsunsicherheit führen.

Berlin, 25. Januar 2017

Graf Schultze-Berndt Gräff Melzer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU